

Pressemitteilung

Ansbach, 23. September 2016

Geplante Aufrüstung: US-Armee nimmt Stationierungsbefürwortern alle Argumente

OLA: "Klares Bekenntnis für eine zivile Zukunft unserer Stadt"

Militärpläne bedeuten neben mehr Fluglärm auch steigende Verkehrsbelastung in Ansbach

"Die Offene Linke Ansbach (OLA) lehnt die geplante Aufrüstung an der Militärbasis Katterbach ab", erklärt die OLA-Stadtratsfraktion. Die Verdreifachung von Truppen und Hubschrauber bedeute für Ansbach ausschließlich Nachteile: "Nicht nur die Bewohner der östlichen Stadtteile werden durch mehr Fluglärm und Abgase betroffen sein. Die Rotationsstrategie, wonach innerhalb kürzerer Stationierungszeit mehr Flugstunden absolviert werden sollen, zieht eine erhebliche räumliche Ausdehnung der Überflüge mit sich."

Zudem folge aus der geplanten Unterbringung der 2.000 zusätzlichen Soldaten in Illesheim bei Einsatz an der Basis Katterbach eine steigende Verkehrsbelastung der Ansbacher Ortsdurchfahrt von B13 und B14, die bereits jetzt zu Stoßzeiten überlastet ist. "Die Aufrüstungspläne nimmt den Stationierungsbefürwortern alle Argumente: Der wegfallende Familiennachzug und die Kasernierung in Illesheim beraubt auch die Einrede positiver Effekte wie angeblicher Kaufkraft oder Schlüsselzuweisungen, die in Ansbach verbleiben würden", so die OLA weiter:

"Fakt ist: Mit den sich in den vergangenen Jahren ständig widersprechenden Stationierungsvorhaben wird die Planungssicherheit der Kommune beschädigt." Die Bundesregierung als Genehmigungsbehörde der Militärpräsenz müsse der Stadt verbindliche Zusagen etwa über die Perspektiven ziviler Umnutzung machen. Es dürfe nicht länger sein, dass Ansbach Marionette von US-Haushaltsposten oder dortiger Wahlkampfauseinandersetzungen ist, betont die Fraktion: "Die Rückgewinnung der Gestaltungshoheit für die Kommune beinhaltet ein klares Bekenntnis für eine zivile Zukunft unserer Stadt: Abzug statt Aufrüstung."

gez. Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender